

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

= Berlin, 20. Juli.

Uebergehend zu den Erklärungen, welche Detring bezüglich der Ursachen des letzten japanisch-chinesischen Krieges gemacht hatte, bemerkte der Staatsmann, daß die Angaben Detrings betreffs des Vertrages zwischen China

Auf die Bemerkung des Berichterstatters, daß man seiner Zeit viel von kriegerischen Veränderungen zwischen Japan und Rußland gesprochen habe, sowie davon, daß sich Japan zum Kriege gegen Rußland stark rüste, während jetzt schon lange nichts mehr darüber verlautet habe, entgegnete der japanische Herr mit feinem Lächeln: „Der Europäer denkt zu schnell, der Europäer handelt zu schnell.“

Deutschland.

Als ein Verdict, das jedoch in zu beachtenden Kreisen zirkulirt, mag noch Folgendes erwähnt werden. Man glaubt, Kaiser Nikolaus werde von Wien aus nach Ausland zurückzukehren, dann erst der kaiserlichen Feier in Wien beizuwohnen und seine weitere Reise auf dem Seewege antreten. Entgegengelezt früheren Angaben würde ich vermuthen, daß der Zar zuerst London, dann Kopenhagen aufsuchen, sich von da direct nach Darmstadt begeben und auf dem Rückwege seinen Besuch in Berlin abstaten werde. In dieser dem Zaren untergelegten Merisurte ist ganz und gar nicht von einem Aufenthalt in Paris die Rede. Dieser Umstand überfaßt am meisten, zumal diejenigen, die an den erwähnten Reiseplan glauben, durchaus nicht annehmen, daß dabei ein wesentlicher Punkt verschentlich nicht aufgeführt sei.

— Die Direktion der Hamburg-Amerika Linie erhielt von dem Führer ihres auf der Nordlandsreise begriffenen und gegenwärtig im Hafen von Drontheim liegenden Schnelldampfers „Columbia“ Kapitän Vogelgefang folgende telegraphische Mittheilung:

„Seine Majestät der deutsche Kaiser kam mit seinem ganzen Hofe an Bord der „Columbia“, befehligte dieselbe eingehend und sprach sein ungeheißtes Lob über die auf dem Schiffe herrschende Ordnung und Sauberkeit aus. Seine Majestät nahm eine kleine Erkundigung entgegen und überband nach seiner Mildeheit an Bord der „Hohenzollern“ dem Kapitän der „Columbia“ seine Photographie mit eigenhändiger Unterschrift.“

— Die Wahrheitsliebe der „Germania“, welche im „kräftigen Sichbürgen“ ihrem verdorrtsten Windehork nach Kräften nadeifert, hat sich wieder gezeigt in einem Artikel über die Entweihe der Königsberger Schloßkirche. Wie die „Germania“ behauptete, sollten dort Weinsant und Kirche verbunden sein. Die Wahrheit ist, daß sich unter der im westlichen Flügel des Schlosses gelegenen Schloßkirche mächtige Weinkeller befinden. Diefelben sind an mehrere Königsberger Weinhändler, u. A. auch an den Besitzer des sog. „Blutgerichts“, verpachtet. Die „Blutgerichts“ genannte Weinstube befindet sich aber im nördlichen Flügel des Schlosses und steht mit jenem Keller unter der Kirche in gar keinem Zusammenhang. Ueber der Schloßkirche liegt der „Moskowitzersaal“, welcher bis vor Jahren auch zu Gemäldeaussstellungen vom Königsberger Kunstverein benutzt worden ist. Seit ist er als Prunksaal ausgebaut und seitdem haben dort zwei Mal große Festmähler unter Vorhitz des jetzigen Kaisers und des Prinzen Albrecht als Vertreter des hochseligen Kaisers stattgefunden. Und das nennt die „Germania“ „Mummenschanz“!

— In der agrarischen Presse tritt immer und auch jetzt wieder die Behauptung hervor, das Färbeverbot für Margarine sei eine Forderung der gesamten deutschen Landwirtschaft. Daß das nicht der Fall ist, beweist die von den land- und milchwirtschaftlichen Vereinigungen Deutschlands bereits im Herbst v. J. veröffentlichte „Denkschrift über die Margarinefrage“. Von den Herausgebern dieser Denkschrift gehören u. a. die Herren von Arnim-Bülow, von Montenburg-Zimmerhausen, von Hergberg-Bottin, von Wendel-Stiefels u. f. w. In dieser Denkschrift heißt es hinsichtlich des Färbeverbots:

„Daß dem Färbeverbot nicht das Wort
erbet werden kann, ist zweifellos. Es würde
unbillig erscheinen, einen an sich unschädlichen
Umsatz zum Fabrikate zu verbieten, wenn derselbe
eignend wäre, das Produkt dem Konsumenten
schadbarer zu machen, wobei weiter noch zu
beachten sein würde, daß die Technik in der
Margarinebranche zweifellos sehr bald dem
Produkte je nach der Auswahl des benutzten
Lecithinmargarins doch eine Färbung geben würde,
welche der etwas helleren Naturbutter vollständig
gleich ist. Dazu kommt weiter, daß auch die
Umwelt selbst in Deutschland den Wünschen der
Konsumenten zu Liebe vielfach gefärbt wird,
und daß, sobald die Margarine dem Konsumenten
verleibt werden würde, der Verbrauch sich
gegen welchen anderen Fettsurrogaten und
namentlich dem sogenannten amerikanischen
Schmalz erneut in großem Umfange zuwenden
würde. Daß dies jedoch ein nichts weniger als
wünschenswertes Ziel ist . . . bedarf keiner
weiteren Darlegung.“

Man darf, so wird offiziöſ geschrieben, neu-
 erig ſein, zu erfahren, worin ſich die von
 der verbandigten Regierung gegen das
 Verbot erbobenen Bedenken von denen
 ſcheiden, die hier von landwirthſchaftlicher,
 wiſſenſchaftlicher ſachverſtändiger Seite geltend gemacht
 werden.

Dresden, 20. Juli. Das „Dresd. Journal“ veröffentlicht, das folgende aus Dode, den 6. Juli, datirte Dankschreiben, welches der Kaiser am 11. d. Mts. dem Könige zum 25jährigen Jubiläum als Generalfeldmarschall durch den Generaladjutanten, General der Infanterie von Hintersfeld, überreichen ließ: „Durchlauchtigster, Hochwürdigster Fürst! Freundlich lieber Vetter und Bruder! Die 25jährige Wiederkehr des Tages, an welchem mein in Gott ruhender Großvater Sw. Majestät in dankbarer Erinnerung an die in großer Zeit geleistete ruhmreiche Unter-

stiftung als Heerführer zum Generalfeldmarschall ernannt, giebt mir und meiner Armee den ersten Anlaß, Ew. Majestät zu diesem Gedenktage die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen und die Versicherung unserer dankbaren Verehrung für alle Zeit zu erneuern. Möge Ew. Majestät noch ein langes segensreiches Wirken durch Gottes Gnade beschieden sein. Genehmigen Ew. Majestät die Versicherung der vollkommensten Hochachtung und wahren Freundschaft.“

Das gleichzeitig veröffentlichte Antwortschreiben des Königs hat folgenden Wortlaut: „Durchlauchtigster, großmächtigster Fürst! Freundlich lieber Vetter und Bruder! Für die mir durch den General v. Winterfeld am 11. Juli überbrachten Glückwünsche Ew. Majestät und Ew. Majestät Armees zum 25jährigen Gedenktage meiner Ernennung zum Generalfeldmarschall sage Ew. Majestät ich meinen allerherzlichsten und tiefgefühltesten Dank. Mit diesem Gefühle gedenke ich an solchen Tagen ganz Besonders des unvergesslichen Kaisers, unter dessen ruhmreicher Führung ich mein beabsichtigtes Theil mit beitragen durfte zu dem unvergleichlichen Erfolge. Mit Stolz erinnere ich mich der Zeit, in der ich Ew. Majestät Gorden und das vierte Armeekorps gegen den Feind und zum Siege führen konnte. Von Herzog empfing Ew. Majestät ich dem Schutze unseres allmächtigen Gottes. Gesehnigen Ew. Majestät die Verhinderung der vollkommnen Hochachtung und wahren Freundschaft, womit ich verbleibe Ew. Majestät freundwilliger Vetter und Bruder Albert.“

Dresden, 20. Juli. Die Generalversammlung des sächsischen Militärvereins-Bundes hat beschloffen, eine Stellenermittlungs-Zentrale für bediente Soldaten zu errichten. Eine aus 7 Mitgliedern bestehende Kommission wurde zu diesem Zwecke eingesetzt, welche der nächstjährigen Generalversammlung geeignete Vorschläge in Bezug auf die Gründung dieser Zentrale machen soll.

Oesterreich: Ungarn.

Wien, 20. Juli. Wie der „Pol. Corr.“ aus Saloniki gemeldet wird, seien drei kleine Banden in der Stärke von ungefähr 110 Mann um Rhodopegebirge aufgetaucht und hätten sich dort verschanzt. Die Banden wurden von ungefähr 2½ Bataillonen Infanterie und einer Gebirgsbatterie eingeschlossen.

Belgien.

Brüssel, 20. Juli. Der König unternimmt am Donnerstag eine bis zum Nordkap sich ausdehnende Meeresfahrt.

Franfreich.

Ueber die Betheiligung der deutschen Reichsregierung an der Pariser Weltausstellung vertheilt sich der „Eclair“ zwei Unterredungen mit den Senatoren Boirrier und Tolain. Boirrier, der als ein Wortführer der französischen Industriellen und Handeltreibenden gelten kann, äußerte: „Ja habe nicht viel von dem überzubehenden Einflüsse der großen Ausstellungen auf die Industrie und den Handel. Deutschland wird an unserer Ausstellung theilnehmen; aber die Ausstellung seiner Ereignisse wird uns nichts lehren, was wir nicht bereits wüßten. Wir sind seit langer Zeit darüber im Klaren, daß seine Industrie nicht zu denen gehört, auf die man ungestraft mit verächtlichem Lächeln herabsehen kann. In kommerzieller wie industrieller Hinsicht messe ich daher der Theilnehmung Deutschlands nur eine relative Bedeutung bei. In politischer Hinsicht liegt die Sache anders. Man kann nicht in Abrede stellen, daß diese Theilnahmezugabe eine Anregung auf den Frieden hin ist, eine „Detente“ in den Beziehungen beider Länder, die beruhigend wirken kann. Aber auch hier muß man sich vor zu optimistischen Schlussfolgerungen wohl in Acht nehmen. Eine Regierung kann nicht offiziell antindianen lassen, daß die von ihr geleitete Nation an einer noch weit hinaus gegangenen Ausstellung theilnehmen werde, darauf aber aus andern Gründen ihre Haltung denen gegenüber ändern, deren Einladung sie angenommen hat. Diese Annahme unserer Ein-

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haasenstein & Vogler, C. F. Daube,
Invalideubank. Berlin Bernst. Arndt, Max Gurtmann.
Elberfeld W. Thieme. Greifswald C. Mies. Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

abung seitens Deutschlands ist also nur ein-
 zigeinziges dafür, daß die Beziehungen zwische-
 nen Nationen für den Augenblick befriedigende
 sind. Begnügen wir uns damit, und das ist
 schon viel! Senator Tolain, derselbe, der im
 Jahre 1890 Jules Simon zur Berliner Arbeiter-
 konferenz begleitete, ist viel vertrauens-
 voll. „Die offizielle Ankündigung der Be-
 gegung Deutschlands“, erklärt er, „ist ein
 augenfälliger Beweis der gegenwärtigen guten
 Beziehungen zwischen den beiden Nationen. Es
 ist also ihre Wichtigkeit. Aber die Annahme
 ist vielleicht seitens Deutschlands etwas zu heftig
 erfolgt. Das ist wahrscheinlich auch der Grund,
 weshalb das Publikum sich so wenig mit der
 Sache beschäftigt. Die einen sind der Ansicht,
 die Geschichte sei gar nicht wahr, und andere
 wiederum sagen sich, daß bis zu der Ausstellung
 noch vier Jahre zu verstreichen haben. Die
 Sache hat also noch kein aktuelles Interesse. Es
 ist indessen nicht zweifelhaft, daß diese Annahme
 von guter Vorbedeutung ist, und darin liegt ihr
 Interesse.“

Paris, 19. Jull. Zum 35. Geburtstag des Bringen Viktor Napoleon veranfaßten wir gestern etwa zweihundert Mitglieder des obigen Komitees des Seine-Departementes in einem großen Bierlokale der Avenue Victoria zu einem Pünfche, bei dem der Baron Jules Legoux als Präfidnt des Komitees den Borfig hatte. In einer langen, viel zu langen Rede dankte er wieder einmal die Gefchichte des ganzen Bonaparte und pries er die Partei des Appells an das Volk glücklich, deren Haupt der erften und älteften Königsfamilie, dem Hauße abowen, und der jüngsten und ruhmvollsten Dynastie der Reuzzeit, dem Gefchlechte der Bonaparte entftammt. Der graue Mantel und der weife Hut des großen Kaiſers durften darin nicht fehlen, ebenſowenig, als die Verſicherung, daß das Kaiſerreich, das in „Napoleon dem Großen“ (1) einen würdigen Vertreter gefunden habe, diene der Sache des Volkes ganz und gar.

unbedingt. Was ist dagegen die
reißt und ein Präsident der Republik!
heißt, heute Herr Felix Faure, stellt nur
Oligarchie und die Geldaristokratie
Napoleon hingegen die französische Revolu-
tion. Darum wird das Volk an dem nicht
enen Tage, da für seine Rechte gekämpft wer-
nen muß, mit den Donapartikeln zur Verbeno-
mule ziehen, weil es weiß, daß diese von Na-
oleon dem Großen, nicht zum eigenen Ruhme, son-
dern zum Ruhme seines Heeres, das gleichbedeutend
mit dem französischen Volke, errichtet wor-
en ist. Nach diesen Deklamationen mußte ich
tief, welchen Prinz Viktor Napoleon, der schließ-
lich groß nur noch „Napoleon“ genannt, an den
aron Legour einen ziemlich ernüchternden Eindruck
te. In diesem vom 17. Juli aus Brüssel
tarten Schreiben dankte der Prinz für die ihm zu
nem Geburtstag erwiesene Aufmerksamkeit und
te die sonstigen zahlreichen Beweise der Hinge-
en, ein „kostbares Band der Zukunft“. Das
er aber auch Alles und bestätigte die Besorg-
se der streitbaren Imperialisten, die unter ein-
der Küssen, der Prinz mache es sich denn doch
zu leicht, wenn er hoffe, man werde ihm
kaiserlichen Ansprüchen auf einem Präsen-
ter ins Ausland bringen.

Paris, 20. Jult. Der „Temps“ veröffentlicht den Bericht eines seiner Mitarbeiter über die Unterredung, die dieser mit Li-Hung-Tschang hatte. Der auf die Militärverhältnisse bezügliche Ausspruch lautet in dem Pariser Blatte:

„Es erübrigt mir noch“, äußerte der Generalmann des „Temps“, „Sie nach Ihren Einsichten in Bezug auf uns Franzosen und auf unsere Armee zu befragen.“

Die Antwort soll denn geklungen haben:
 „Ich habe in Paris eine Bevölkerung ge-
 sehen, die mir sehr gefallen hat. Sie ist
 artig, lebhaft, betriebsam; außerdem erziehen
 sie sich liebenswürdig. Was Ihre Armee be-
 trifft, so haben Sie, wie ich sie bei der Meute
 am 14. Juli und gestern noch in St.-Gur be-
 merkte, Scharf und die berichtigten nicht unter-
 zogen, die ich bisher gesehen habe. Ich habe
 übrigens niemals daran gedacht, unter den
 europäischen Völkern eine Eintheilung zu machen,
 und wenn ich von einer unter ihnen sagte, sie

Mittheilungen aus dem
Grundbesitz.

Das neue deutsche Reichsrecht und die Vermiether.

Am 1. Juli wurde im Reichstage ein Wert
vollendet, welches nunmehr seit 20 Jahren die
Öffentlichkeit bewegt und welches bestimmt ist,
dem bürgerlichen Leben des nächsten Jahrhunderts
ein einheitliches deutsches Recht zu geben. An
diesem Tage wurde nach einer Verathung von
wenigen Wochen das deutsche Bürgerliche Ge-
setzbuch in dritter Lesung angenommen und der
Tag seines Inkrafttretens endgültig auf den
1. Januar des Jahres 1900 festgesetzt. Man
kann im Zweifel sein, ob es als gut zu be-
zeichnen ist, daß ein Gesetz, welches so langer
und schwerer Arbeit zu seiner Förmung bedurfte
und zu dessen Einführung eine Frist von drei
Jahren bevorstieß, von Seiten der Volksver-
tretung im Sturmschritt durchberathen und in
wenigen Wochen unter Nichtbeachtung aller
Wünsche und Forderungen, die aus dem Volke
bei Bekanntwerden der einzelnen Bestimmungen
herborgehört waren, in der vorgeschlagenen
Form bedingungslos angenommen wurde. Jeden-
falls steht das Gesetz nun fest, und es bleibt
den Bürgern nichts Anderes übrig, als sich auf
die mannigfachen Veränderungen vorzubereiten.
Namentlich die Vermiether müssen sich schon jetzt
mit ihrer rechtlich wesentlich schwächeren Stellung
vom Beginn des neuen Jahrhunderts an vertraut
machen.

Ueber die verschiedenen Beschränkungen und
Verzürzungen der Rechte des Bernsteherz, die
schon der Entwurf des Gesetzes enthielt und die
auch fünftig, theilweise sogar in verstärkter
Form Gesetz geworden sind, haben wir schon
früher ausführlich berichtet und auf deren ge-
fährliche Folgen hingewiesen. Eine kurze Wieder-
holung der gravirendsten Punkte dürfte aber hier
am Platze sein. Zunächst giebt der ominöse
Paragraß, nach welchem dem Miether der so-

100
 101
 102
 103
 104
 105
 106
 107
 108
 109
 110
 111
 112
 113
 114
 115
 116
 117
 118
 119
 120
 121
 122
 123
 124
 125
 126
 127
 128
 129
 130
 131
 132
 133
 134
 135
 136
 137
 138
 139
 140
 141
 142
 143
 144
 145
 146
 147
 148
 149
 150
 151
 152
 153
 154
 155
 156
 157
 158
 159
 160
 161
 162
 163
 164
 165
 166
 167
 168
 169
 170
 171
 172
 173
 174
 175
 176
 177
 178
 179
 180
 181
 182
 183
 184
 185
 186
 187
 188
 189
 190
 191
 192
 193
 194
 195
 196
 197
 198
 199
 200

bald als erste und vornehmste stets befriedigt werden können. Dort aber, wo dies nicht der Fall ist, muß der vermögenslose Abmiether das Eigenthum seiner Frau und Kinder ruhig aus der Wohnung entfernen. Vielleicht läßt sich gegen diese Gefährdung ein Mittel finden, indem man Miethrecht nicht allein an das Haupt der Familie, sondern dem Mann, vermiehet, sondern indem man die Verträge auch von der Ehefrau mit unterzeichnen läßt und durch eine Bekräftigung des Vermögens selbst mit für den Miethevertrag fahbar macht. Willig illusorisch wird das Miethrecht aber in allen den unzähligen Fällen, wo das Eigenthum der Miether nur aus den nothwendigsten Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen besteht. Hier kann gegen Verluste nichts Anderes, als die strengste Einföhrung der Bränneranbezugsabzahlung dienen, und ist allen Hausbesitzern dort, wo dieselbe noch nicht existirt, zu rathen, schon jetzt darauf hinzuwirken, daß von der Geltung des neuen bürgerlichen Rechtes an nur noch gegen Vorausbezahlung vermiehet wird. — Wohl die prächtigste und für den Vermietter schädlichste Verkümmung des neuen Gesetzes ist aber ohne Zweifel das Ausnahmefolge, das hinsichtlich des Vordrittsrechts des Vermiethers vom Vertrage nicht erforderlicher Zahlung geschaffen wurde. Das Gesetz weicht hier von seinen sonstigen Grundfäden bezüglich vertraglich bedingener Rückstellungen ab und stellt den Hauswirth weit außerhalb der Grenzen der bisher herrschenden und dem gesunden Rechtsgefühl allein entsprechenden Normen. Nach § 547 darf der Vermieter ohne Eingaltung einer Kündigungsfrist sein Mietverhältniß erst dann kündigen, wenn der Miether für zwei aufeinander folgende Termine mit der Entrichtung des Mietzinses im Rückstande ist. — Der Mangel an genügenden Möglichkeiten, Uebelständen und Verzögerungen herabzuziehen, ist von uns schon früher genügend geäußert worden. Das einzige Mittel, denselben wenigstens in etwas vorzubeugen, bleibt die Festsetzung möglichst kurzer Fristtermine. Man wird bei den unteren Klassen, Arbeitern zc. am besten wöchentliche, bei Landmännern, Privatantiquaren u. s. w. monatliche, bei sehr wohlhabenden höheren Miethern vierteljährliche, und nur bei ganz ärmlichen Miethern niederstäl-

Die Mietstermine einführen müssen. Ferner muß vertraglich festgelegt werden, daß, wenn ein Mietstermin im Rückstande ist, nicht für den nachfolgenden ohne Deckung des rückständigen bezahlt werden darf; denn sonst kann es vorkommen, daß ein Miether immer einen Termin unbezahlt läßt, dann den nächsten berichtigt. f. w., so daß der Vermieter sein sofortiges Kündigungsrecht nie ausüben kann, da niemals zwei Termine rückständig sind. Im Uebrigen wird auch hier die Bräunmerandozahlung gute Dienste leisten.

Es ist ganz eigenthümlich, daß gerade das Miethverhältniß im neuen Bürgerlichen Gesetzbuch eine Lockerung seiner Rechtsnormen erfahren hat, wie kein anderes der vielen wirtschaftlichen Verhältnisse, die es betrifft. Wie wir bereits ausführten, liegt hier ein praktisches Resultat der Sozialdemokratie vor, die in dem Privatrecht an Grund und Boden recht wohl eine der stärksten Stützen der heutigen Gesellschaftsordnung erblickt und deshalb die Gelegenheit benutzte, energisch gegen dessen Rechte Sturm zu heizen. Aber auch ich ist es jedenfalls, daß dies mit Erfolg geschah, ja, daß der Staat diesem Drängen nachgab und selbst half, eine seiner besten Waffen zu erheben. Diese Nachgiebigkeit, diese fortwährenden Zugeständnisse an den hartnäckigsten Feind unserer heutigen Staatsordnung sind und muß sich eines Tages bitter rächen. Schon präfigirt sich immer deutlicher die Forderung eines unbedingten „Rechtes auf Wohnung“. Die Sorge für das eigene Selbst, für Obdach, Nahrung und Kleidung wird mehr und mehr allgemeinlich, die Fürsorge des Staates mit ihren ganzen demoralisirenden, die Begriffe von Selbst und Recht völlig verlebendenden Wirkungen tritt an ihre Stelle, dem Kommunismus wird Thür und Thor geöffnet, ohne daß man sich dessen bewußt wird. Man meint, „soziale Reformen“ auszuführen, und für feierlich, für antizipal gilt der, der sich dagegen auflehnt. Sogar zehnjährige, bischer feige Zug auch bei den Verhandlungen über das Miethrecht im Reichstage und in der betreffenden Kommission desselben. Auch nicht mit einem Worte wurden die Rechte des Miethers erwähnt, und es ist nicht

teresse des Miethers, als wirtschaftlich zu wahren und allein Schutzbedürftigen, den Mittelpunkt der Verhandlungen. Selbst den ungenügenden Widerstand, der den theilweise unversöhnlichen Forderungen der Sozialdemokraten, so wie der gänzliche Streichung des Pfandbriege, die Aufhebung der Vertragsfreiheit der Haus- und Z. geleistet wurde, motivirte man nicht mit, daß der Vermieter dadurch völlig recht gemacht werde, sondern man führte an, daß zu scharfes Vorgehen in dieser Richtung eine Einwirkung von Seiten der Vermieter herbeiführen würde, die den armen Mietern schädlich sein könnte. Man sagte gewissermaßen, der Vermieter muß einen Theil von Rechten begalgen, mit er nicht zur Selbsthilfe greift und die Vergabe seines Eigentums nur unter Bedingungen gewährt, die den beabsichtigten Schutz der Mieter wieder aufheben. Es scheint, als wären die hiesigen Gesetzgeber alles Verstandnis für die große ethische und soziale Bedeutung der städtischen Haus- und Grundbesitzes abhandeln gekommen.

Wie dem aber auch sei, daß Gesetz besteht
 in, und die Hausbesitzer müssen sich gegen seine
 Wirkung zu wehren suchen. Sind sie vom Gesetz
 heimgesucht, so bleibt ihnen nur der Weg der
 Selbsthilfe. Worin derselbe besteht, ist klar
 bezeichnet: Einführung der Vornachzahlung
 Miete in allen Theilen Deutschlands, Fest-
 ung kurzer, den Verhältnissen angepaßten
 Mietstermine und vor Allem die Verlegung
 es einheitlichen, allen Möglichen vorbeugen-
 des Miethsvertrags, der im ganzen deutschen
 Reich dieselbe ist, und ohne den kein Mieths-
 verhältnis abgeschlossen wird. Deshalb, jetzt
 mit jeder Uneinigkeit in unseren Vereinen
 und Verbänden. Festerer, engerer Zusammen-
 schluß und energisches, gemeinsames Arbeiten ist
 die erste Aufgabe aller deutschen
 Arbeiter, damit sie das Inkrafttreten des
 neuen deutschen Miethsrechts gerüstet finde.

(D. Hausb.-Btg.)

